

Inkrafttreten des Bebauungsplanes „Gewerbegebiet Galgenäcker – 2. Bauabschnitt“ und der örtlichen Bauvorschriften

Der Gemeinderat hat in öffentlicher Sitzung am 12.12.07 den Bebauungsplan „Gewerbegebiet Galgenäcker – 2. Bauabschnitt“ und die örtlichen Bauvorschriften als Satzung beschlossen.

Planabgrenzung:

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes liegt südlich des Flurstücks 246/12 und der Beuchaer Straße. Im Osten wird das Gebiet durch den Weg Flurstück 191, im Süden durch das Flurstück 240 und im Westen durch den Feldweg Flurstück 286 begrenzt.

Der Planbereich ergibt sich aus dem abgedruckten Kartenausschnitt auf Seite 6.

Maßgebend ist der Lageplan des Bebauungsplans des Büros Voegelé + Gerhardt, Freie Stadtplaner und Architekten, vom 12.11.2007

Inkrafttreten:

Der Bebauungsplan „Gewerbegebiet Galgenäcker – 2. Bauabschnitt“ tritt mit dieser Bekanntmachung in Kraft.
(§ 10 Abs. 3 Satz 4 Baugesetzbuch)

Einsicht des Planes:

Der Bebauungsplan kann einschließlich seiner Begründung sowie der zusammenfassenden Erklärung gem. § 10 Abs. 4 BauGB im Rathaus, 74392 Freudental, Zimmer 09, während der üblichen Dienststunden von jedermann eingesehen werden.

Mögliche Entschädigungsansprüche:

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche, deren Leistung schriftlich beim Entschädigungspflichtigen zu beantragen ist, und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird verwiesen.

Verfahrens- und Formvorschriften nach BauGB:

Eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3, § 214 Abs. 2 und § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften sind gemäß § 215 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 BauGB unbeachtlich, wenn die Verletzung der Verfahrens- und Formvorschriften nicht innerhalb von zwei Jahren nach Bekanntgabe schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind. Bei der Geltendmachung ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, dazulegen.

Verfahrens- und Formvorschriften

nach § 4 Abs. 4 der Gemeindeordnung (GemO)

Eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der GemO oder aufgrund der GemO beim Erlass der Satzung kann innerhalb eines Jahres nach dieser Bekanntmachung unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht werden. Nach Ablauf dieser Frist gilt die Satzung als von Anfang an gültig zustande gekommen; dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Abweichend hiervon kann die Verletzung der Verfahrens- und Formvorschriften nach Ablauf der Jahresfrist von jedermann geltend gemacht werden, wenn der Bürgermeister dem Satzungsbeschluss nach § 43 GemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat, oder wenn vor Ablauf der Jahresfrist die Rechtsaufsichtsbehörde den Satzungsbeschluss beanstandet oder ein anderer die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften innerhalb der Jahresfrist geltend gemacht hat. Die Verletzungen sind schriftlich oder zur Niederschrift bei der Gemeinde Freudental geltend zu machen.

Ausgefertigt!

74392 Freudental, 18.12.2007

Dorothea Bachmann, Bürgermeisterin

